

Mainz, 24.01.2014

Antrag **1352/2013 zur Sitzung Stadtrat am 11.09.2013**

Autobahnausbau A 60: Nachhaltiger Lärmschutz für Marienborn (ödp)

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat fordert im Rahmen des Umbaus der A 60 einen nachhaltigen Lärmschutz und im Rahmen des Planungsverfahrens eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Marienborns.

Die Ergebnisse dieser Planungen zum Ausbau der A 60 müssen unbedingt vor den geplanten Umbaumaßnahmen des Mainzer Kreuzes erfolgen, damit für den weiteren Ausbauverlauf keine Fakten geschaffen werden.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, bei den zuständigen Landes- und Bundesbehörden Folgendes anzumahnen bzw. soweit möglich selbst vorzunehmen:

- die Umsetzung einer Einhausung entlang des Autobahnabschnittes,
- die ernsthafte Prüfung weiterer Planungsalternativen (z.B. Verlagerung des Mainzer Kreuzes),
- die Offenlage der zugrunde gelegten Lärmwerte im IST-Zustand,
- eine Lärmsimulation in Bezug auf die Einhausung im Vergleich zu den geplanten 9 Meter hohen Lärmschutzwänden,
- eine Verbesserung des Lärmschutzes entlang der A 63 und am Mainzer Kreuz,
- die Errichtung einer Messstation für Feinstaub,
- ein angemessenes Tempolimit auf den beiden „innerstädtischen“ Autobahnen,
- Maßnahmen gegen den potentiellen Durchgangsverkehr durch den Ortskern von Marienborn während der Umbaumaßnahmen am Mainzer Kreuz und an der A 60,
- die umfangreiche zusätzliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Planungsverfahren sowie größtmögliche Transparenz.

Begründung:

Für den Stadtrat gibt es im Zusammenhang mit der Präsentation des Landesbetriebes Mobilität Worms (LBM) zum geplanten Ausbau der A 60 noch viele offene Fragen und Forde-

rungen. Um einen wirklich effektiven Lärmschutz sowie eine Feinstaubminimierung für Marienborn zu erreichen, hilft nur eine Einhausung des Autobahnabschnittes. In Marienborn sind rund 4000 Menschen vom Autobahnausbau, dem bereits vorhanden Lärm und der Schadstoffbelastung betroffen. Der Schutz der Einwohnerinnen und Einwohner vor Lärm muss uns jeden Euro Zusatzkosten für die Einhausung an dieser Stelle wert sein.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Dr. Claudius Moseler
Fraktionsvorsitzender